

Internationale Konferenz in Berlin

## Gut gemeint – gut gemacht? Roma aus Südosteuropa und Ungarn: Ihre Erfahrungen mit „Hilfen zur Selbsthilfe“

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) in Kooperation mit Renovabis (Osteuropahilfswerk der Katholischen Kirche), gefördert von der Freudenberg Stiftung

Berlin, 10. – 12. Februar 2020

Bericht von Janka Vogel, Berlin

### Hintergründe

Fast zehn Jahre ist es her, dass die Europäische Kommission den „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ vorgestellt hat.<sup>1</sup> Darin wird gefordert: Roma als größte ethnische Minderheit Europas müssen endlich gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben der Länder teilhaben können, in denen sie leben. Weithin wurde und wird dabei vor allem humanitär, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich argumentiert. Die Weltbank etwa rechnete vor, dass Staaten es sich angesichts von demographischem Wandel und Fachkräftemangel zukünftig schlicht nicht mehr leisten könnten, die Roma nicht in ihre Gesellschaften zu integrieren. Den Staaten Bulgariens, Tschechiens, Rumäniens und Serbiens gingen durch die ökonomische Exklusion ihrer Roma-Bevölkerung jährlich zwischen 900 Millionen und zwei Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren.<sup>2</sup>

Die wirtschaftliche Integration der Roma werde den sozialen Zusammenhalt stärken, eine bessere Achtung der Grundrechte, wie beispielsweise der Minderheitenrechte, gewährleisten und dazu beitragen, Diskriminierungen aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft oder der Zugehörigkeit

zu einer Minderheit zu beseitigen, zeigte sich 2011 die Europäische Kommission überzeugt.<sup>3</sup> Sie hatte die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, bis Ende 2011 eigene nationale Strategien zur Integration der Roma zu erarbeiten.

Obwohl die deutsche Bundesregierung zunächst zögerlich auf dieses Ansinnen reagierte, übermittelte das Bundesministerium des Innern seit 2011 jährlich einen Bericht zu „Integrierten Maßnahmenpaketen zur Integration und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland“ an Brüssel, zuletzt 2019.<sup>4</sup> Die Bundesregierung unterscheidet dabei regelmäßig zwischen der autochthonen Minderheit der deutschen Sinti und Roma, die grundsätzlich „alle Rechte und Pflichten deutscher Staatsangehöriger“ haben, für die aber ein besonderer Minderheitenschutz gelte,<sup>5</sup> und Roma aus anderen EU- oder Drittstaaten, denen ethnienunabhängig „dieselben Integrationsprogramme wie anderen Ausländern offen“ stünden.<sup>6</sup> Handlungsleitend bei den in Deutschland umgesetzten Maßnahmen für Roma und Sinti ist außerdem die Maxime „explizit, aber nicht exklusiv“. Extra-Programme für Roma soll es demnach nicht geben, vielmehr gehe es um gleiche Teilhabe-Chancen für alle, wobei für den Abbau bestehender Zugangshür-

1 Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0173&from=DE>, letzter Zugriff am 11.03.2020.

2 Vgl. Joost de Laet (2010): *Costurile economice aferente excluziunii Romilor*, S. 4.

3 Vgl. Max Matter (2015): *Nirgendwo erwünscht*, S. 201.

4 Vgl. Bundesministerium des Innern (2019): Informationen von Deutschland über den Fortschritt bei der Umsetzung des Berichts „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland“, 2017.

5 Hier vor allem jene Rechte, die in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen und im Rahmen-Übereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten festgehalten sind. Deutschland hat das Rahmen-Übereinkommen 1997 und die Charta 1998 ratifiziert.

6 Bundesministerium des Innern (2017): Informationen von Deutschland über den Fortschritt des Berichts „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland“, 2016, S. 3 f.

den spezielle Maßnahmen und Förderprogramme konzipiert wurden und werden.

Wie es um die gesellschaftliche Teilhabe der Roma-Minderheit in verschiedenen Ländern Europas bestellt ist und vor allem, ob die Aktionspläne, EU-Fonds und die Anstrengungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteur\*innen die gewünschten Effekte zeigen, darum ging es auf der internationalen Konferenz „Gut gemeint – gut gemacht? Roma aus Südosteuropa und Ungarn: Ihre Erfahrungen mit ‚Hilfen zur Selbsthilfe‘“ in Berlin unter der Leitung von SOG-Präsidiumsmitglied Dr. *Ursula Rütten* (Berlin).

In ihrer **Eröffnungsrede** schilderte *Ursula Rütten*, wie sie vor über 15 Jahren als Journalistin begonnen hatte, sich Wissen über Roma auf Reisen in verschiedenen Ländern Südosteuropas anzueignen. Anlass sei die europäische „Dekade zur Integration der Roma“ (2005–2015) gewesen, die auf Initiative der Weltbank und der Soros-Stiftung ins Leben gerufen worden war. Seitdem habe sie das Thema nicht mehr losgelassen. Rütten's Ausführungen hatten starke persönliche Bezüge. Sie ließ die Teilnehmer\*innen teilhaben an ihren Fragen, Gedanken und Erfahrungen – oder wie sie es nannte „gedanklichen Mosaiksteinen“ – und scheute auch vor „unbequemen“ Reflektionen nicht zurück. So fragte sie nach dem Verhältnis der *Gadje* (Weißen) zu den Roma, das von rassistischen Einstellungen stark belastet sei. Anschauliches Beispiel aus Ungarn: Ein Kosmetikprodukt zur Hautaufhellung, beworben mit dem Satz, dass „in unseren Gesellschaften ein weißerer Hautton von Vielen ästhetischer empfunden [wird]“<sup>7</sup>

Rütten fragte auch nach politischen Emanzipationsprojekten von Roma und stellte fest: „Die Kollektivbezeichnung ‚Roma‘ macht aus dieser heterogenen, unzusammenhängend quer über den Kontinent lebenden Bevölkerungsgruppe trotz einer gemeinsamen Unterdrückungsgeschichte und Bezügen auf die Herkunft aus Indien noch keine einheitliche ethnische Minderheit. Das ist wichtig für den Prozess ihrer Politisierung, denn die in der EU anerkannten ethnischen Minderheiten- und Autonomiebewegun-

gen sind territorial organisiert“. Schließlich übertrug Rütten die post-koloniale Kritik an globalen Ungleichheitsstrukturen auf die „binnen-europäische Ost-West-Asymmetrie“ und verortete die Minderheit im Spannungsfeld billiger osteuropäischer Arbeitskräfte auf deutschen Baustellen, Diskriminierung im öffentlichen Leben und Strukturen des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung, namentlich Zwangsprostitution. „Neokoloniale Machtstrukturen sind [...] im Rahmen dieses Themas ein Zusammenspiel von Kontrolle über Raum (Grenzen), Gewalt, Ausbeutung von Ressourcen und von Menschen. Nicht minder bedeutsam sind hegemoniale europäische Diskurse, die westliche Lesart ‚der Anderen‘, eingepfercht ins eigene Normen- und Wertekorsett, das die ‚richtigen‘ Passformen des Lebens vorgibt: Kapitalismus, Christentum, Weiß-Sein, Männlichkeit und Heterosexualität“, resümierte sie, um mit einem Appell zur Solidarität zu enden.

### **Mangelhafte Repräsentation der Roma in Deutschland**

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Schirmfrau der Konferenz, *Claudia Roth*, MdB, unterstrich, wie wichtig es ihr gewesen sei, an der Eröffnung dieser Konferenz mitzuwirken, die sich dem Kampf gegen Antiziganismus verschrieben habe. Sie bedauerte die unverändert mangelhafte Repräsentation der Roma in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern. Trotz der Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma im NS-Regime sei für die Roma – mit rund zwölf Millionen Angehörigen die größte Minderheit in Europa – auch in Deutschland nach wie vor Ausgrenzung und Diskriminierung in allen Gesellschaftsbereichen an der Tagesordnung.

Antiziganismus sei ein gezielter Angriff auf unsere Demokratie, auf Moral und Ethik sowie den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dem müssten sich alle Demokrat\*innen entgegenstellen. Deutschland stehe vor der Aufgabe, während seiner EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen EU-Roma-Strategie zu begleiten. Diese müsse, so Roth, verbindlicher

7 Übersetzung aus dem Ungarischen: Katrin Kremmler.

sein als die vorherige. Angesichts der weit verbreiteten Vorurteile gegenüber Roma finde die Konferenz zur rechten Zeit statt. Es müsse offen und ehrlich die Frage aufgeworfen werden, welche Maßnahmen tatsächlich Wirkung zeigten und welche nicht. Sich über bewährte Verfahren auszutauschen und nicht bewährte klar zu benennen, nicht zuletzt auch bisherige Strategien gesellschaftlicher und politischer Selbstermächtigung zu hinterfragen, sei die Aufgabe – und zwar mit der entsprechenden Expertise aus den verschiedenen europäischen Ländern.

Die Vizepräsidentin der Südosteuropa-Gesellschaft,  *Gudrun Steinacker*, Botschafterin a.D., unterstrich, dass sie während langer Jahre im diplomatischen Dienst in der Region Südosteuropa viele Organisationen und vor allen von Deutschland finanzierte Projekte kennengelernt habe. Allerdings seien die Ergebnisse häufig unbefriedigend, so dass sich die Frage aufdränge, ob es überhaupt möglich sei, die soziale Lage einer so großen und so lange diskriminierten Minderheit allein über Projekte zu verbessern. Trotz der sicherlich guten Absichten der „Dekade zur Integration der Roma“, mit der sie auch beruflich Berührung hatte, könne man mit deren Resultaten nicht zufrieden sein. Ohne viele, auch sehr gute und erfolgreiche Projekte in Abrede zu stellen, müsse darüber nachgedacht werden, wie die Situation der Roma – gemeinsam mit ihnen – langfristig und dauerhaft verbessert werden könne. Das Ziel müsse die volle Gleichberechtigung und Teilhabe in allen Ländern sein, in denen sie leben. Dies sei sicher eine wichtige Aufgabe bei der Erarbeitung der neuen EU-Roma-Strategie ab Sommer 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft.

### Allianz gegen Antiziganismus

In Vertretung für Emran Elmazi vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sprach im Rahmen der Keynote Dr. *Herbert Heuß* als wissenschaftlicher Leiter des Zentralrats. Auch er begrüßte die Ausrichtung der Konferenz. Es gehe bei der Überwindung der strukturellen Probleme des weit verbreiteten Antiziganismus letztlich um eine Allianz gegen eben diesen Antiziganismus angesichts der bestehenden kumulativen Diskriminierung von Roma in Deutschland und ganz Europa. Heuß verwies ebenfalls auf die EU-Rahmenstrategie, die derzeit auslaufe und

jetzt neu aufgelegt werden müsse. Im Mai 2020 gebe es im Rahmen eines Konsultationsprozesses ein Treffen einer unabhängigen Expertengruppe auf Einladung der EU-Kommission und auf Grundlage ihrer Berichte zum Antiziganismus. Diese Expertengruppe, an welcher der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mitwirke, solle Empfehlungen für die Arbeit gegen Antiziganismus erarbeiten. Er erwarte, dass sich die Ergebnisse dann in der neuen EU-Strategie wiederfinden. Auch Heuß appellierte an die Bundesregierung, bei diesem Thema in Europa eine führende Rolle einzunehmen – und zwar über die EU-Ratspräsidentschaft hinaus.

Am Abend des ersten Konferenztags wurde die Arte-Dokumentation „Die Stadt der Roma“ gezeigt. Sie begleitet einen Roma-Schulmediator bei seiner Arbeit im Viertel „Nadeshda“ im bulgarischen Sliven. Der Film zeigt, dass die Bildungsteilhabe der Kinder aus dem Roma-Ghetto eine langwierige gesellschaftliche Aufgabe ist, die von allen Verantwortlichen gleichermaßen angegangen werden müsste. Die Viertelbewohner\*innen stehen auch im Film mit ihrem Kampf um Teilhabe aber fast allein da – der Schuldirektor glaubt nicht an die Bildungsfähigkeit der Kinder, von der städtischen Verwaltung oder gar der politischen Ebene sind keine Unterstützungsmaßnahmen zu verzeichnen. So bleibt der Film ein trauriges Beispiel für die fortdauernde gesellschaftliche – und räumliche – Ausgrenzung von Roma in Europa.

Am zweiten Konferenztage waren drei thematische Panels vorgesehen, auf denen ausgewählte Projekte und Aktivitäten aus Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Rumänien, Kosovo, Serbien und Nordmazedonien vorgestellt wurden. Ein viertes, den Tag abschließendes Panel stand unter dem Motto „Berichte aus der Forschung vor Ort, Bürgerrechtsbewegungen von Roma und Romnja in Südosteuropa und Ungarn – Fragen und Probleme politischer (Selbst-)Repräsentation und Teilhabe“.

### Projekte und Aktivitäten in Ungarn

Auf dem ersten Panel, übersetzend moderiert von der Ungarn-erfahrenen Historikerin *Gwen Jones*, wurden dem Publikum drei Projekte näher gebracht: Zunächst stellte *Alíz Kun* das Community-Entwicklungsprojekt „To be able to“

in Trägerschaft der Stiftung „Igazgyöngy“ aus Berettyóújfalú, Ost-Ungarn vor.<sup>8</sup> Die drei Säulen des Projekts, für das Kun Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising macht, seien Bildung, Community-Entwicklung mit Schaffung von Arbeitsplätzen und institutionelle Kooperationen. Danach gefragt, ob die Stiftung mit der Regierung zusammenarbeite und es Vertriebskooperationen gebe, meinte Kun: „The product are the people and their attitude“.

Mit *István Mezei*, dem Präsidenten der János-Farkas-Stiftung, wurde sodann eine Persönlichkeit vorgestellt, die ihr Leben dem Aufbau und der Förderung des ungarischen Roma-Fußballs verschrieben hat. Der über 70-Jährige freute sich sehr über die Einladung zur Konferenz und hatte viel zu sagen. Da das Dolmetschen aus dem Ungarischen und ins Ungarische einige Probleme bereitet hätte, wurde seine Stiftung per stummer Power-Point-Präsentation vorgestellt, was dem Ganzen nur deshalb keinen Abbruch tat, weil Mezei im weiteren Verlauf der Konferenz seine Erfahrungen und Empfehlungen immer wieder begeistert einbrachte und so der Funke zum Publikum überspringen konnte. Mezeis Roma-Fußballer haben 139 von 152 internationalen Turnieren gewonnen – zu den außergewöhnlichsten Spielerbegegnungen zählen wahrscheinlich die Spiele mit der päpstlichen Schweizer Garde oder den ungarischen Polizeimannschaften. Hilfreich zum Verständnis der Leistungen der Stiftung waren die Einlassungen des Journalisten *Mirko Schwanitz*, der unter anderem auch darauf verwies, dass die FIFA den Verband zwar für sich werben lasse, aber keinerlei finanzielle Unterstützung leiste – mitunter fehle sogar das Geld für einen Bus, der die Spieler aus ihren Siedlungen zum Training oder zum Turnier fahre.

### Hilfe zur Selbsthilfe für Bulgarien: Musik als Hoffnung, Nähen als Chance

Im zweiten Panel wurden Projekte aus Bulgarien (Teil 1) und Rumänien (Teil 2) vorgestellt. Moderator *Mirko Schwanitz* hatte drei Gäste auf dem Podium: Vera Mihaylova von der National Alliance for Volunteer Action (NAVA), Nurcihan Demirbas aus dem Projekt „Musik statt Straße“ und Bernd Krüger aus dem Stadtrat von Gera.

Zunächst stellte *Bernd Krüger* das Projekt „Musik statt Straße“ vor, das im Rahmen der Städtepartnerschaft der thüringischen Stadt Gera mit der bulgarischen Stadt Sliven ins Leben gerufen worden war. „Wenn ich einen Taxifahrer [in Sliven] frage, ob er mich nach Nadeshda bringt, lehnt er das glatt ab“, schilderte Krüger seine Erfahrungen. Im Roma-Viertel Nadeshda, das am Vorabend auch im Film porträtiert worden war, leben bis zu 30.000 Menschen auf engstem Raum, mit fehlender Infrastruktur und kaum Aussicht auf Hoffnung – denn das bedeutet „Nadeshda“ – zusammen. Mit dem vorgestellten Projekt, welches vom Roma-Orchester-Musiker Georgi Kalaidijev geleitet wird, erhielten Kinder aus dem Viertel die Chance, sich eine andere Zukunft aufzubauen. Krüger betonte, dass Städtepartnerschaften einen guten Beitrag zur „Überwindung nationaler Überheblichkeit“ leisten könnten. Die Konferenzteilnehmer\*innen aus Pécs, ebenfalls eine Partnerstadt von Sliven, rief er dazu auf, sich am Projekt zu beteiligen.

*Vera Mihaylova* von der Nationalen Allianz für die Arbeit mit Ehrenamtlichen (NAVA) aus Plovdiv präsentierte ein soziales Unternehmen, das in Trägerschaft der Stiftung NAVA Nähwerkstätten betreibt. Die Stiftung möchte das ehrenamtliche Engagement in Bulgarien stärken und verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenbringen. In Stolipinovo leben etwa 50.000 Roma in einer Siedlung zusammen, möglicherweise die größte ihrer Art auf dem Balkan. Mehr als die Hälfte der Romnja aus diesem Viertel waren und sind nicht erwerbstätig. Das Projekt will diese Frauen für eine Beschäftigung in der bulgarischen Textilbranche, in der Fachkräfte dringend gebraucht werden, qualifizieren. Zwischen 2016 und 2018 haben bereits 62 Frauen einen Abschluss erworben, die Hälfte von ihnen fand Arbeit in Textilfabriken. Die Nachfrage sei groß – sowohl seitens der Romnja aus Stolipinovo, als auch seitens der Textilfirmen. Bisher stehe das Projekt auf schwachen finanziellen Füßen, institutionelle Förderung gebe es nicht, es werde zum Großteil über Spenden finanziert. An EU-Mittel heranzukommen, sei für NGOs im zentralistischen Bulgarien so gut wie unmöglich, Entscheidungen im EU-Ministerium seien

hoch korruptionsanfällig und intransparent, schilderte Mihaylova.

### **Zugewanderte aus Rumänien in Deutschland: Netzwerke gegen Exklusion**

Im zweiten Teil des Panels stellte zunächst der Soziologe *Marian Daragiu* die von ihm gegründete Ruhama-Stiftung aus Oradea vor. Unter dem Titel „Confrontation and Cooperation – Intervention against Policy Failures“ beschrieb er zunächst den Kreislauf intergenerationaler Exklusion, in dem die meisten Roma aus Rumänien sich befinden. So arbeiteten nur 35 Prozent der Roma in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Ungenügende Zugänge zu Gesundheitsversorgung und Bildung, aber auch die räumliche Segregation vieler Roma-Siedlungen benannte er als Hauptprobleme. Der nationale Aktionsplan Rumäniens zur Verbesserung der Lage der Roma werde nur ungenügend umgesetzt, bedauerte Daragiu. Die Ruhama-Stiftung setze sich gegen Diskriminierung, für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und einen institutionellen Rahmen für die Inklusion der Roma ein. Anhand eines Image-Films brachte er dem Publikum die Tätigkeit der Stiftung näher.

*Johanna Smith* (Diakonie) und *Elena Genova* (Caritas) sind Mitarbeiterinnen der Dortmunder Beratungsstelle „Willkommen Europa“, die sich um neuzugewanderte EU-Bürger\*innen, darunter auch Roma, kümmert. Sie gingen in ihrer Präsentation auf Chancen und systemische Risiken der Zuwanderung ein. So sei die Dortmunder Nordstadt ein Viertel, in dem die Raten erwerbsloser Personen und solcher im Bezug von Leistungen nach dem SGB II höher seien als im Rest der Stadt. In das migrantisch geprägte Gebiet zögen seit einigen Jahren verstärkt rumänische und bulgarische Roma zu. Die Stadt Dortmund habe schon 2011 ein „Roma-Netzwerk“ ins Leben gerufen, was später in „EU-Netzwerk“ umbenannt worden sei und heute als „Dortmunder Strategie Zuwanderung“ firmiere. Die Stadt konzentriere sich auf Maßnahmen der frühkindlichen Bildung, der schulischen und außerschulischen Bildung, Erstintegration und -beratung, Arbeitsvermittlung und (Nach-)Qualifizierung, Gesundheitsvorsorge und Gemeinnsinn stiftende Angebote im Quartier.

Smith beantwortete die Frage nach der Finanzierung der Integrationsarbeit so: Die sozialen Träger haben ihre strukturellen Grenzen aufgelöst und arbeiten eng zusammen. Es werden bedarfsgerechte Angebote entwickelt und mit einem Mix aus verschiedenen Fonds (EU, Bund, Land) finanziell untersetzt. Sie unterstrich die enge Kooperation zwischen Trägernetzwerk und Stadtverwaltung, die wesentlich für den Erfolg des Projektes sei.

### **Kosovo, Serbien und Nordmazedonien: Ursachen für Flucht, Verfolgung und Remigration**

Projekte aus Kosovo, Serbien und Nordmazedonien wurden auf dem dritten Panel vorgestellt. Es moderierte der Schauspieler und Roma-Aktivist *Hamze Bytyci*, Vorsitzender von RomaTrial e.V. und Mitinitiator des Bündnisses für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas.

Erste Rednerin des Nachmittags war *Klara Ilieva*, die das Centre for Social Initiatives in Trägerschaft des Vereins „S.C.I. Nadež“ im Bezirk Shuto Orizari von Skopje vorstellte. In dem einstmaligen Stadtteil von Skopje, der inzwischen eine eigene Stadtverwaltung hat, leben etwa 22.000 Menschen, die Mehrheit von ihnen Roma. Amtssprache ist Romanes und Mazedonisch, der Bürgermeister Kurto Dudush ist selbst Rom. 2010 habe die mazedonische Regierung ein Integrationsprogramm für Remigrant\*innen ins Leben gerufen. „S.C.I. Nadež“ habe sich im Bereich der sozialen Unterstützung von Rückkehrer\*innen engagiert – und da viele selber Roma sind, seien vor allem für diese Zielgruppe Angebote entwickelt worden. Vorschulische Bildung, Unterstützung bei der Reintegration ins nordmazedonische Schulsystem, Ausbildung und Hilfe bei der Inanspruchnahme sozialer Rechte – so beschrieb Ilieva anhand einer ausführlichen Präsentation – seien die Tätigkeiten des Trägers. Eine Herausforderung bestehe in der Sicherung einer dauerhaften Finanzierung der gewachsenen Arbeit, die als „Roma-Reintegrationsprogramm“ des Caritasverbandes Essen etabliert worden war.

*Nysret Krasniqi* von der Diakonie Kosovo stellte im Anschluss das Diakonie-Trainings-Center in Mitrovica vor. Kosovo habe aktuell etwa 1,8 Mio. Einwohner\*innen, von denen etwa 50 Prozent

jünger als 25 Jahre alt seien. Offiziellen Angaben zufolge leben im Land 1,5 Prozent Serb\*innen und 0,5 Prozent Roma; diesen Zahlen könne man jedoch nicht trauen, meinte Krasniqi. Mit einem Rückblick auf die Geschichte des Landes seit Verlust des Autonomiestatus 1989 erläuterte er die heutige Situation des seit 2008 unabhängigen Kosovos. Demnach könnten auch neue Universitäten und Autobahnen nicht über die desolate Lage des Sozial- und Gesundheitssystems hinwegtäuschen. Krasniqi machte Korruption, Machtmissbrauch und Nepotismus für die schlechte Situation verantwortlich. Roma, Aschkali<sup>9</sup> und Balkan-Ägypter<sup>10</sup> gehörten zu den weniger wahrgenommenen und unterstützten ethnischen Gruppen Kosovos. Die Diakonie arbeite seit 2007 mit den Minderheiten, zunächst mit den Rückkehrer\*innen aus Westeuropa, mittlerweile mit allen Minderheiten. Im Ausbildungszentrum würden Roma in technischen Berufen und Romnja zu Friseurinnen und Schneiderinnen ausgebildet. Auch materielle Hilfen, Beratung und Jugendsozialarbeit gehörten zu den Angeboten der Diakonie Kosovo.

Ebenfalls aus Kosovo berichtete der folgende Redner, *Isak Skenderi*, vom Verband Voice of Roma, Ashkali and Egypt (VORAE) aus Pristina. Sein Vortrag trug den Titel „Roma aus den Westbalkanstaaten: Ursachen der Migration und Flucht vor Verfolgung“. Skenderi verwies auf das Balkan Barometer, eine Umfrage, die ergeben habe, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Roma ablehnend gegenüberstehe.<sup>11</sup> Demzufolge habe eine große Zahl kosovarischer Roma in westeuropäischen Staaten Asyl gesucht. In Bezug auf die Neuauflage der „Dekade zur Integration der Roma“ in Europa schlug er vor, dass der Kampf gegen Antiziganismus als Querschnittsaufgabe in den bestehenden Handlungsfeldern implementiert werden müsse, er müsse zusätzlich aber auch ein eigenes Handlungsfeld bilden. Die Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus dürfe den Inklusionsansatz nicht ersetzen, sondern müsse ihn ergänzen.

*Dragan Gračanin* von der Association of Coordinators for Roma Issues stellte im Anschluss die Situation in Serbien vor. Auch hier spiele die Remigration eine große Rolle. Zwischen 2015 und 2018 seien Zahlen der GIZ und der deutsch-serbischen Partnerschaft zufolge etwa 30.000 Menschen nach Serbien zurückgekehrt, die Hälfte von ihnen nicht freiwillig. Von den Rückkehrer\*innen hätten 81 Prozent von mehrfacher Diskriminierung berichtet. Gračanin ging davon aus, dass dies vor allem Roma betraf. 80 Prozent der Remigrant\*innen hätten zuvor in Deutschland gelebt, mitunter mehrere Jahre. Hauptgründe der Auswanderung seien der Studie zufolge die Suche nach Arbeit und besserer sozialer Absicherung gewesen.

Die 2014 gegründete Association of Coordinators for Roma Issues macht vor allem Lobby-Arbeit für die bessere soziale und gesellschaftliche Integration der Roma. Sie möchte politische Rahmenbedingungen und die Umsetzung der europäischen „Dekade zur Integration der Roma“ besonders auf lokaler Ebene erreichen. Schon 11 lokale Arbeitsgruppen und 83 Projekte in verschiedenen Kommunen sind ins Leben gerufen worden. 90 Gesundheitsmediator\*innen, 190 pädagogische Assistent\*innen und 50 mobile Teams sind mittlerweile in Serbien zur Unterstützung der Roma, bzw. der Remigrant\*innen, unterwegs.

Letzter Redner des dritten Panels war *Ashmet Elezovski*. Der Menschenrechtsaktivist und Geschäftsführer des Nationalen Roma Centrus aus Kumanovo sprach zum Thema „Antiziganismus als strukturelles Problem von Segregation und Marginalisierung in der Republik Nordmazedonien“. Er mahnte an, dass der weit verbreitete gesellschaftliche Antiziganismus dazu führe, dass für Roma viele Wege versperrt seien und dass es viele Zugangshürden bei staatlichen Strukturen, Bildungsangeboten und Hilfen gebe.

An der Frage der Auswanderung der Roma aus Südosteuropa nach West- und Nordeuropa ent-

9 Dies ist eine muslimische Teilminderheit der Roma in Südosteuropa, vor allem in Kosovo, Serbien, Albanien, Bulgarien und Nordmazedonien.

10 Dabei handelt es sich um eine Teilminderheit der Roma in Südosteuropa, die überwiegend Albanisch spricht.

11 Vgl. z.B. auch *Wilhelm Heitmeyer* (2011): Deutsche Zustände.

zündete sich im Anschluss eine emotionalisier- te Debatte. Gudrun Steinacker meinte, die Lösung des Problems könne nicht darin bestehen, „dass alle Roma ihre Sachen packen und nach Deutschland kommen“. – Keiner der Menschen wolle nach Deutschland und daher müssen wir auch nicht ständig darüber reden, was zu tun sei, damit sie nicht kämen, war die Antwort von *Christoph Leucht*, Projektmanager bei der Berliner Hildegard-Lagrenne-Stiftung und ehemaliger Koordinator des ROMED2-Programmes des Europarats in Deutschland. Marian Daragiu von der rumänischen Ruhama-Stiftung unterstrich das: „We don't want to leave our countries“. Es müsse darum gehen, bessere Bedingungen in den Ländern zu schaffen, wo die Roma lebten. Diese Message müsse in Brüssel ankommen, betonte er.

Nicht weniger hitzig ging die Debatte weiter, nachdem Schwester *Lea Ackermann*, Vorsitzende des Vereins SOLWODI, wohlmeinend geschildert hatte, sie habe als Kind immer eine „Zigeunerin“ sein wollen. Dieser Versuch, Bewunderung und Empathie für die Minderheit zu zeigen, wurde vom Publikum gemischt aufgenommen. *Gilda-Nancy Horvath*, Projektleiterin und Chefredakteurin von Romblog.at, lehnte die pejorative Bezeichnung strikt ab und appellierte:

„Leute, nennt euch ‚Roma‘ und bezeichnet uns so!“. *István Mezei* meinte: „Wir müssen uns vereinigen wie die Schwarzen“.<sup>12</sup> Jemand brachte es dann auf den Punkt: „Wir wollen nicht *mehr* Rechte – wir wollen nur *dieselben* Rechte.“ Im Hinblick auf eine EU-Beitrittsperspektive der Westbalkan-Staaten warnte ein Vertreter aus Kosovo davor, den Beitritt nicht an eine tatsächliche Verbesserung der Situation der Roma zu knüpfen. „When you open the door, you accept the situation of Roma“.

### Die Situation ungarischer Roma

Im sich anschließenden vierten Panel wurden Perspektiven aus der Forschung beleuchtet. Es moderierte *Natascha Hofmann*, Doktorandin an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Länder- schwerpunkt war bei diesem Panel Ungarn. Dr. *Andrea Óhidy*, Professorin an der Pädagogischen Hochschule Freiburg und Mitherausgeberin der

Buchreihe „Roma-Studien“, sprach über die Bildungssituation ungarischer Roma und stellte Ergebnisse aus der aktuellen Bildungsforschung vor. Sie sensibilisierte zunächst dafür, dass Zahlen in Bezug auf die Minderheit ganz unterschiedlich zustande kämen, je nachdem, ob man es mit Selbst- oder Fremdzuschreibungen zu tun habe oder ob nach der Muttersprache gefragt werde. Sie unterschied drei Gruppen ungarischer Roma, und zwar die ungarischsprachigen Romungro, die romanesssprachigen Oláh-cigány und die rumänischsprachigen Beás-cigány.

Óhidy stellte ein Klassenmodell vor, demzufolge die Frage der gesellschaftlichen Integration der Roma auch mit ihrer Schichtzugehörigkeit zusammenhänge. Etwa 20 Prozent der ungarischen Roma schafften den Aufstieg in die Mittelschicht und würden teils nicht mehr als Roma wahrgenommen. Óhidy unterschied außerdem zwischen „Underclass“ und „Undercast“. Ersteres sei die gesellschaftliche Realität der Roma in Ungarn, letzteres die in „den anderen Westbalkan-Staaten“. Óhidy hat nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei den bildungspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Roma in 15 europäischen Ländern geforscht. Ihr Befund: Es gebe gemeinsame Herausforderungen, ähnliche Lösungen und bisher unbefriedigende Ergebnisse. Dabei sei die anhaltende Segregation der Roma im Schulbereich die größte Herausforderung.

Eine zweite Perspektive aus der aktuellen Forschung brachte *Márton Rövid* von der Central European University (Wien) ein. Er ist Gastprofessor am Institut für Roma-Studien und leitet die Herausgeber der Zeitschrift „Critical Romani Studies“. In seinem Vortrag „Empowerment through knowledge production“ warf er einen kritischen Blick auf die zurückliegende „Dekade zur Integration der Roma“, deren Umsetzung in Südosteuropa er koordiniert hat. Rövid stellte die Methode des „Shadow Reporting“ vor. Dabei veröffentlichten NGOs anhand von Schattenberichten alternative Fakten und Daten über die Umsetzung staatlicher Maßnahmen und internationaler Abkommen, was als kritische Politikbegleitung gelten könne. Gerade dadurch könn-

12 Im ungarischen Original: „mint a négerek“.

ten Roma aktiv an politischen Prozessen teilhaben, die sie betreffen.

Kritisch verwies Rövíd darauf, dass die Wissenschaft in der Vergangenheit nicht selten mit Regierungen kooperiert habe, die verantwortlich waren für die Vernichtung der europäischen Roma. Abschließend stellte er die Zeitschrift „Critical Romani Studies“ vor, die vor allem Roma-Wissenschaftler\*innen eine Plattform bieten möchte. „Nichts über uns ohne uns“, so das Motto. So gehe es denn auch darum, die Wissensproduktion über Roma direkt mit dem Kampf gegen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung zu verbinden. Alle Artikel seien frei zugänglich, womit man auch mit den in seinen Augen ausbeuterischen Praktiken angelsächsischer Verlagshäuser brechen wolle.

### Podiumsdiskussion: Strategien gegen kolonisiertes Bewusstsein

Der dritte Konferenztag startete mit einer Podiumsdiskussion zwischen Milan Pavlović vom Rroma-Informations-Centrum Berlin e.V. und Robert Schwartz von der Deutschen Welle. Die Diskussion moderierte Gudrun Steinacker. Zunächst sprach Milan Pavlović, der an der Abfassung einer Deklaration zur Roma-Dekade und zur Nationalen Strategie zur Teilhabe und Integration der Sinti und Roma beteiligt war. Pavlović stammt aus Serbien, kam im Alter von 16 Jahren nach Deutschland und lebte etwa 15 Jahre nur geduldet in Deutschland. In dieser Zeit war er vom Zugang zu Schule und Ausbildung ausgeschlossen. Pavlović kritisierte, dass bei der Initiierung der „Dekade zur Integration der Roma“ in Europa keine Roma-Expert\*innen beteiligt waren. Teilweise habe sich die Situation in einzelnen Ländern verschlimmert, meinte er im Hinblick auf das Thema Antiziganismus. Leider stellte Pavlović dem interessierten Publikum den Inhalt der oben erwähnten Deklaration nicht näher vor.

Robert Schwartz war als Vertreter der Medien geladen und stellte gleich zu Beginn klar, dass

es „die Medien“ nicht gebe. Schwartz ist stellvertretender Leiter der Europa-Redaktion der Deutschen Welle in Berlin; bis vor kurzem leitete er die Rumänien-Redaktion des Senders. Die Deutsche Welle sei ein internationaler Medienkonzern, dessen Aufgabe es sei, auch Europa zu betrachten. Von 2002 bis 2014 habe es eigens eine Radio-Sendung auf Romanen gegeben. In Bezug auf ethnische Minderheiten zog Schwartz das Beispiel Siebenbürgen heran, wo die einzelnen Parallelwelten sich immer wieder überschneiden. Gesellschaftliche Integration sei „ein Kampf gegen Windmühlen“ und ohne die Roma-Dekade wären die Windmühlen wahrscheinlich zahlreicher geblieben, gab er zu bedenken. Schwartz plädierte für eine transnationale Vernetzung der Roma-Minderheit.

Seinen Gesprächspartner Pavlović forderte er unter Bezugnahme auf den Titel von dessen Organisation auf: „Nehmen Sie Abstand von dem ‚Rrom‘ mit doppeltem ‚R‘!“ Diese Schreibweise sei eine Erfindung des rumänischen Politikers Corneliu Vadim Tudor, der damit eine deutliche Unterscheidung der Ethnonyme „Român“ und „Rom“ habe erreichen wollen, so Schwartz.<sup>13</sup> In Bezug auf Rumänien schilderte Schwartz, dass die Korruption sich zwar nicht gezielt gegen Roma richte, dass diese aber die Hauptleidtragenden der Korruption seien. Was die Emigration von Roma aus Südosteuropa angeht, hielt Schwartz numerische Argumente für nicht zielführend. Schließlich gab er mit Blick auf ungarisch- und deutschsprachige Schulen in Rumänien zu bedenken, dass schulische Segregation nicht unter allen Umständen negativ sein müsse.

Pavlović entgegnete Schwartz: „Sie haben sich mit Themen befasst, die für mich rassistisch klingen.“ Deshalb verlasse er nun das Panel. An seinem Entschluss konnten weder die Intervention der Moderatorin noch eine Klarstellung von Schwartz etwas ändern. Es entstand in Folge dessen eine Diskussion darüber, ob Schwartz' Hinweis gerechtfertigt war oder nicht. Die De-

13 Rumänisch: „Rumäne“ und „Rom“. Im Rumänischen sind sich die Begrifflichkeiten ähnlicher als im Deutschen, daher kann neben der sprachlichen auch eine historische Verwandtschaft der beiden Gruppen interpretiert werden. Dies führt bis heute zu starken Abgrenzungstendenzen in der rumänischen Mehrheitsgesellschaft, bis hin zu Forderungen, den pejorativen Terminus „țigan“ (dt. „Zigeuner“) wieder offiziell zu gebrauchen.

batte wurde emotional geführt und aus dem Publikum kamen Wortmeldungen unterschiedlichster Qualität, die den Hinweis von Schwartz begrüßten oder aber kritisierten.

**Abschlussdiskussion: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg? Politikgestaltung im Spannungsbogen zwischen Einsicht, gutem Willen und Mangel an Vision und Tatkraft**

Das Podiumsgespräch moderierte die Konferenz-Organisatorin Dr. Ursula Rütten. Als Gäste auf dem Podium begrüßte sie die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Katarina Niewiedzial, den Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel, Dr. Herbert Heuß vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, die SOLWODI-Vorsitzende Sr. Lea Ackermann und die Bildungsforscherin Dr. Andrea Óhidý.

Die Fraktionen im Deutschen Bundestag haben – mit Ausnahme der AfD – im März 2019 Anträge zur Bekämpfung des Antiziganismus eingebracht. Der Antrag der CDU-/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion war dabei gleichlautend mit dem Antrag von Links-Fraktion, Grünen- und FDP-Fraktion. Ein Satz jedoch war im Antrag der Regierungsparteien, der vom Parlament angenommen wurde, nicht enthalten: „Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich, jede Form des Hasses gegen Sinti und Roma und dem Antiziganismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen.“ Dies beschrieb Rütten, um sodann mit der Frage an *Katarina Niewiedzial* einzusteigen, inwiefern denn die sogenannte Aufnahmegesellschaft auf die Aufnahme von Migrant\*innen vorbereitet werden müsse. „Wir sind jeden Tag bemüht, etwas dagegen zu machen“, erwiderte Niewiedzial in Bezug auf anti-ziganistische Haltungen in der Gesellschaft. Die Kritik, dass die Politik zu wenig gegen Antiziganismus tue, sei berechtigt. Ankommen müsse ermöglicht werden, und zwar vor Ort in den Bezirken.

Daraufhin wurde *Martin Hikel* gefragt, wie nah er als Berliner Bezirksbürgermeister dem Volk sei. Er warf in seiner Antwort die Grundfrage auf, wohinein sich Neuzuwandernde überhaupt integrieren sollten. Es gehe um Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit und die Frage sei, welche Barrieren bestünden, die Menschen an einer gleichbe-

rechtigten Teilhabe in diesen Bereichen hinderten. Neukölln sei eine „Ankunftskommune“, aktuell lebten etwa 30.000 EU-Bürger\*innen, unter ihnen ca. 7.000 rumänische und bulgarische Staatsangehörige, in seinem Bezirk. „Unsere Systeme greifen erst, wenn es Probleme gibt“, sagte Hikel und merkte kritisch an, dass kaum gesehen werde, wo Teilhabe gut funktioniere. Keinesfalls dürften Problemlagen ethnisiert werden.

*Schwester Lea Ackermann* nannte das Beispiel kenianischer Frauen, um die sich ihr Verein kümmere: „Die Menschen haben nicht gelernt, sich etwas zuzutrauen“, meinte sie und beschrieb die Idee internationaler Solidarität zwischen Frauen, der sich SOLWODI verschrieben habe. 2019 seien 554 Frauen aus Bulgarien und Rumänien unterstützt worden, die Opfer von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung geworden waren. Keine dieser Frauen habe diesen Weg frei gewählt, sie seien als Betrogene nach Deutschland gekommen, schilderte Ackermann. Dabei spiele die ethnische Zugehörigkeit der Frauen keine Rolle.

*Dr. Herbert Heuß*, wissenschaftlicher Leiter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, wurde gefragt, was für eine entsprechende Politikgestaltung getan werden könne. Es gebe „Armutsflecken“ in der EU, so sein Standpunkt. Solange es keine Veränderungen in den Herkunftsländern der Roma-Migrant\*innen gebe, könne man in Deutschland wenig ausrichten. „Wir müssen über die Ursachen der Armut reden“, forderte Heuß. Der Zentralrat wolle viele Erfahrungswerte aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in den europäischen Prozess einbringen. Heuß sprach auch die Unabhängige Expertenkommission Antiziganismus an, deren Einsetzung der Deutsche Bundestag 2019 beschlossen hatte – dies sei bereits in der vorvorletzten Legislaturperiode geplant gewesen. Wichtig sei, dass die Aufgabe der Bekämpfung des Antiziganismus nicht nur an die Migranten-Selbstorganisationen bzw. die Roma-Organisationen delegiert werde. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

*Katarina Niewiedzial* betonte an dieser Stelle, wie wichtig es sei, dass die Betroffenen beteiligt werden. Es gehe um *Empowerment* und Er-

mächtigung. Sie erwähnte den Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma, der ein Landesprogramm zur Bekämpfung von Antiziganismus werden solle.<sup>14</sup> Auch sei es für Politikgestaltung wichtig, statistische Erhebungen zur Situation der Roma und ihrer Diskriminierungserfahrungen durchzuführen. Daher habe man in Berlin die Registerstelle Antiziganismus eingerichtet.

Die Frage, was die Wissenschaft leisten könne, wurde an Dr. *Andrea Óhidy* gerichtet. Wissenschaft müsse grundsätzlich unabhängig von politischen Interessen agieren und gleichzeitig Politiker\*innen bestmöglich beraten, sagte sie. In ihrer Forschung habe sie beispielsweise auch danach gefragt, welche Faktoren die gesellschaftliche Teilhabe von Roma positiv beeinflusst hätten. In biographischen Interviews habe sie erfahren, dass etwa positive Erfahrungen mit Lehrer\*innen eine enorme Stärkung des Selbstbewusstseins bedeuten können. Sie äußerte den Wunsch, dass wissenschaftliche Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden. Die Befunde ihres Bielefelder Kollegen Wilhelm Heitmeyer etwa seien als „Bielefelder Alarmismus“ abgetan worden – zu Unrecht.

*Ursula Rütten* wollte wissen, ob es Ansätze zur Vermittlung der Kultur und Geschichte der Roma und Sinti in den Lehrplänen der Schulen gebe. *Katarina Niewiedzial* verwies hier auf aktuell laufende Absprachen zwischen dem Berliner Beirat der Roma und Sinti und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. In einem abschließenden Statement stellte sie außerdem klar: „Roma leben seit Jahrhunderten in Europa“, und fragte, wieso derzeit so getan werde, als seien sie erst kürzlich von irgendwoher zugewandert. In Deutschland gelte es, einen Weg zu finden, um sowohl die autochthone Minderheit der Sinti und Roma als auch die neuzuwandernden Roma aus Südosteuropa gleichermaßen zu schützen und zu fördern.

Bezirksbürgermeister *Martin Hikel* schilderte im weiteren Verlauf des Gesprächs, dass viele EU-Bürger\*innen in Berlin im Freien übernachteten

und diese Situation dennoch einem Leben im Herkunftsland vorzögen. In der EU gebe es ein enormes Armutsgefälle. Durch das „Wild-Campen im öffentlichen Raum“ entstehe jedoch ein Nutzungskonflikt, dem er als politisch Verantwortlicher begegnen müsse. *Martin Hikel* plädierte abschließend dafür, dass die Armutsmigration auf die europäische Agenda gehöre.<sup>15</sup> Er kritisierte, dass es keine Strafen für Staaten gibt, welche die Menschenrechte missachten. Für die kommende EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik wünschte er sich, dass Berlin ein starkes Zeichen der Solidarität mit den Roma und Sinti setzt.

### Fazit

Die internationale SOG-Konferenz war eine Konferenz der vielen Stimmen. Fazit: In Bezug auf die Situation der Roma in Europa gibt es nicht einen, sondern viele verschiedene Diskurse. Soll man von „Inklusion“, von „Integration“ oder von „Teilhabe“ sprechen? Sollen Roma-Organisationen an Prozessen beteiligt werden oder die Prozesse selbst gestalten – und wenn ja, wie können sie dazu befähigt werden? Ist Antiziganismus die Ursache der aktuell marginalisierten Situation der Roma und wenn ja, ist er die einzige Ursache dafür? Warum ist diese Minderheit so stark von Armut und sozialer Exklusion betroffen – und zwar in allen Ländern Europas?

Die bei der Konferenz vorgestellten Projekte ähnelten sich in vielerlei Hinsicht. Die meisten fördern frühkindliche Bildung, Teilhabe am Erwerbsleben, (Nach-)Qualifizierung, politische Teilhabe und Identitätsbildung von Roma. Und sie alle würden institutionelle Förderung benötigen. Deutlich wurde auch, dass der Faktor Migration eine bedeutende Rolle spielt. Migration in ihren vielen Gestalten – als Transmigration, Remigration, Immigration – entwurzelt die Menschen. Sie verstärkt sowohl die soziale Ausgrenzung der Roma als auch die Ressentiments in der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft. Ob als Remigrant\*innen in Kosovo oder als Neuzuwandernde in Neukölln – Roma sind stets „die Anderen“. Die Erfahrung von Nicht-Zugehörigkeit verbindet sie alle – ob sie nun innerhalb oder

14 Kurz: Aktionsplan Roma.

15 Im Original-Statement auf Englisch: „migration of poverty“.

außerhalb der EU leben. Insofern bleibt kritisch abzuwarten, welche Akzente die EU-Kommission in Zukunft bei der Weiterentwicklung ihrer Roma-Integrations-Strategie setzen wird und ob

die Bundesrepublik während ihrer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 hier einen entscheidenden Beitrag leisten können.

---

## Panel Discussion at the German Bundestag **What's Next in the EU's Enlargement Process? – Before the EU Summit.**

**Organizers: Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft/SOG) / Europa-Union Deutschland**

*Berlin, 3 March 2020*

*Report by Sara Marenčić, Berlin*

### **Introduction**

After having postponed the matter of Albania and North Macedonia's EU accession negotiations already in June 2019 and despite an overwhelming support for a green light, the EU Council was still unable to find unanimity in October 2019. This came as a great disappointment and a bitter blow to the region: North Macedonia's Prime Minister Zoran Zaev resigned as a consequence and called a snap election in his country. In a similar vein, his neighbouring counterpart Prime Minister Edi Rama likened Albania to a jilted lover who has become an undue "collateral"<sup>1</sup> in inter-EU power-struggles.

Since then there had been statements and releases that signalled the positive decision which had come at the EU Council's videoconference of ministers for European affairs on 24 March 2020. However, damage had been done and trust in the EU considerably weakened. So in the aftermath of this "lourde erreur historique", as Jean-Claude Juncker put it, the questions arose: What has happened? What can be made of these signals sent by the EU? And finally, where will the EU accession process go?

To address these and other questions, the Southeast Europe Association (SOG) and Europa-Union Deutschland gathered representatives from the Albanian and North Macedonian governments as well as politicians and diplomats from Germany for a panel discussion at the German Bundestag on 3 March 2020. As the coronavirus hadn't paralyzed the world yet, representatives from different political parties at local, state and national state levels, journalists, diplomats, researchers, students, and activists filled the seats of the Europasaal in the Paul-Löbe-Haus of the Bundestag. For those interested, a full recording of the livestream of the discussion can be viewed on the SOG's facebook page, where the Association regularly streams its events.

The audience and panellists were greeted by Dr. *Hansjörg Brey*, the executive director of the Southeast Europe Association. Brey sketched out the difficult circumstances in which the accession process was taking place, namely the spread of the coronavirus, the possibility of a new refugee crisis and a new Balkan route, and the open questions regarding human rights in Turkey. He highlighted the October 2019 Council meeting and recently published key documents: the 5 February 2020 Commission's Communication on "Enhancing the accession process – A

---

1 Citation in: The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2020/feb/17/albania-pm-likens-country-jilted-lover-effort-join-eu-edi-rama>.